

Heinz Pfefferle

*aufbau unseres äußerlich und innerlich zerstörten Volkes geblieben. Er muß also auch Fundament für die Schule werden*⁶.

Auch Carlo Schmid (SPD), direkter Vorgesetzter von Bäuerle und erster Kultusminister des Landes Nordwürttemberg-Nordbaden, betont sehr, dass das neu einzurichtende Schulwesen vom Christentum geprägt sein solle, dass hier Religionsunterricht selbstverständlicher Bestandteil sein soll, dass der Unterricht mit einer Andacht beginnen und enden solle, dass auch die Lehrerausbildung für die Volksschule konfessionell getrennt sein soll wie bereits in der Weimarer Republik. Ebenso entschieden wird aber von ihm ein durchgängig konfessionell gegliedertes Schulsystem abgelehnt. Zum Ideal wird eine Schulform, für die sich allmählich der Begriff der „christlichen Gemeinschaftsschule“ herausbildete. Die Vorstellungen der französischen Besatzungsmacht gehen anfänglich noch weiter in ihrer Opposition zur Konfessionsschule, da sie aber bald bemerkt, dass selbst die KPD eine vorsichtig lavierende oder neutrale Stellung zu einer deutlich christlich orientierten Schule einnimmt, nimmt sie ihre Ideale einer laizistischen Schule zurück. Noch erstaunlicher ist, dass die Militärregierung in Tübingen unvermutet, wenn auch nur diskret, ihre Fundamentalopposition gegen die Konfessionsschule durch ein Schreiben vom 20. September 1945 plötzlich aufgibt und Konfessionsschulen dann zugesteht, wenn ein entsprechender Elternwille vorhanden sei.

Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe vehementer Verfechter der Konfessionsschule. Dazu gehörten in erster Linie das Ordinariat in Rottenburg und Bischof Sproll. Sie zeigen sich allen Kompromissen gegenüber völlig unzugänglich und bilden immer wieder den organisatorischen Rückhalt in mannigfacher Form für den Kampf für die Konfessionsschule. In einer sehr schwierigen Lage befindet sich dagegen die evangelische Landeskirche. Der Oberkirchenrat in Stuttgart und hier wieder im Besonderen der Stuttgarter Prälat Hartenstein und Bischof Theophil Wurm sprechen sich nicht für die Konfessionsschule aus, sondern empfehlen nachhaltig die christliche Gemeinschaftsschule als Regelschule. Ihre Hauptargumente sind von einem gewissen Pessimismus geprägt. Zum einen sei man personell gar nicht in der Lage ein echt evangelisches Bekenntnisschulwesen aufzuziehen, da dazu überzeugte evangelische Lehrer fehlten. Zum anderen dürfe man die Sondersituation der frühen Nachkriegszeit nicht ausnützen, die den Kirchen einen Sonderstatus in den Augen der Besatzungsmächte gegeben habe. Sobald sich die Zeiten normalisiert hätten, würde das Bekenntnisschulwesen gleichsam als unrechtes Gut erscheinen. Vermeiden will man um jeden Preis den Aufbau einer christlichen Fassade im Schulwesen ohne rechtes Fundament. Diese Position ist aber innerhalb der Kirchenleitung nicht unumstritten. Der Schulerferent Reinhold Sautter etwa schreibt in einem Memorandum zur Schulfrage: *Wir fordern a) die evangelische Volksschule mit evangelischer Lehrerbildung b) den evangelischen Religionsunterricht ... durch kirchliche Kräfte unter Aufsicht der Kirche... d) die Zuziehung eines Mitglieds des OKR als stimmberechtigtes Mitglied des Kultusministeriums mit Vetorecht bei Ernennung von Schulleitern und Bezirksschulräten*⁷.

⁶ Zitat nach JÖRG THIERFELDER: Zusammenbruch und Neubeginn. Die evangelische Kirche nach 1945 am Beispiel Württembergs, Stuttgart 1995, S. 145; der dort gebotenen Darstellung folgt diese Arbeit auch sonst.

⁷ Ebd. S. 147.